Infanterieregiment ein zweiter Kammerunteroffizier und bei der Feldartillerie eine Erhöhung des Pferdeetats notwendig. Unter den laufenden Bedürfnissen befinden sich neu zu schaffende Stellen als „Offizier beim Stabe" bei 17 Train-Bataillonen. Bei den einmaligen Ausgaben müssen auch schon bei den Garnisonbauten 2c. Vorbereitungen für spätere Neuformationen getroffen werden. Weiter ist bei den einmaligen Ausgaben eine erste Rate von 20 000 ℳ für Beschaffung des noch fehlenden Truppenübungsplatzes für das 16. Armeekorps eingestellt. Die Forderungen werden sodann noch mit Erläuterungen zu dem Kapitel Geldverpflegung eingehend begründet. Im außerordentlichen Etat werden u. a. zur Beschaffung von Handwaffen als erste Rate 9 Millionen gefordert. Auch erscheint hier eine Forderung für Schaffung einer Reserve an Feldartilleriematerial als neunte Rate in Höhe von 13 041 500 ℳ. — Der Etat für das württembergische Kontingent weist 175 315 ℳ (— 837 500) Einnahmen nach. Die fortdauernden Ausgaben betragen 21 973 036 ℳ (+ 531 080 ℳ). Es erscheinen die dem preußischen Etat entsprechenden Forderungen an neuen laufenden Bedürfnissen und anläßlich der Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Die einmaligen Ausgaben betragen 890 996 ℳ (— 190 184). Im außerordentlichen Etat werden 2 653 000 ℳ (+ 2 653 000) verlangt. Das Reichsmilitärgericht erfordert an fortdauernden Ausgaben 527 229 ℳ (+ 4532) und an einmaligen 232 800 ℳ (+ 216 000), davon 225 000 ℳ als erste Rate für den Grunderwerb und den Entwurf für ein eigenes Dienstgebäude, das in Charlottenburg an der künftigen Döberitzer Heerstraße errichtet werden soll. Der Reichsschatzamtsetat veranschlagt die Einnahmen auf 5 218 445 ℳ (+ 1 493 360) und die fortdauernden Ausgaben auf 210 893 905 ℳ (— 2 485 504). Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten sind angesetzt mit 189 335 000 ℳ (— 659 200). Bei dem allgemeinen Pensionsfonds berechnen sich die Ausgaben auf 73 281 058 ℳ (+ 2 339 939). Auf den Reichsinvalidenfonds entfallen Ausgaben von 57 863 262 ℳ (+ 4 741 863). Die Reichseinnahmen an Zöllen, Verbrauchssteuern und Aversen sind veranschlagt auf 857 281 740 ℳ (+ 13 595 270), davon fallen auf die Einnahmen, an welchen sämtliche Bundesstaaten teilnehmen, 827 759 210 ℳ und auf die, an welchen Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen keinen Teil haben, 29 522 530. Die Zölle sollen erbringen 512 282 000 Mark (+ 1 413 000), die Tabaksteuer 11 109 000 ℳ (+ 746 000), die Zuckersteuer 130 000 000 ℳ (+ 14 678 000), die Salzsteuer 52 282 000 ℳ (+ 1 976 000), die Branntweinsteuer 117 478 000 ℳ (— 3 697 000), die Schaumweinsteuer wie im vorigen Jahre 4 531 000 ℳ, die Brausteuer usw. 29 521 000 ℳ (— 29 000). Bei den Stempelabgaben sind die Einnahmen angesetzt mit 86 424 000 ℳ (— 2 432 000). Der Etat für die ostasiatische Expedition weist im ordentlichen Etat eine Einnahme nach von 11 024 013 ℳ (— 1 317 041), im außerordentlichen Etat 578 055 ℳ (+ 21 945). Die für den außerordentlichen Etat vorgesehenen Ausgaben belaufen sich auf 12 650 605 ℳ (— 104 442). Hiervon entfallen auf die Reichsheerverwaltung 11 414 111 ℳ (+ 169 064), Marineverwaltung 900 0000 ℳ (+ 313 000), Post- und Telegraphenverwaltung 235 000 ℳ (— 7000), das Reichsamt des Innern 60 000 ℳ (— 14 000) und das Reichsschatzamt 14 494 ℳ (+ 14 494).

* **Das Arbeitsmaterial des Reichstags**, so weit es bis jetzt vorliegt, wird bestehen aus zwei Regierungsvorlagen, Novelle zum Militärpensionsgesetz und Entwurf betreffend die Friedenspräsenzstärke und die definitive Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, 1 Interpellation Auer, Außerbetriebsetzung von Kohlengruben im Ruhrrevier, 13 Wahlprüfungsberichten, 27 Vorlagen zur Kenntnisnahme und 70 Initiativanträge aller Parteien. Bald nach dem Zusammentritt kommt dann der Etat und vielleicht auch schon die Handelsverträge. — In den Kommissionen stecken 5 Vorlagen: Änderung des Reichsstempelgesetzes, Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen, Einnahmen und Ausgaben des ost- und südwestafrikanischen Schutzgebietes, Aenderungen der Zivilprozeßordnung und des Abschnittes IV des Börsengesetzes.

* **Den Gesetzentwurf über den Versicherungsvertrag**, der im Reichsjustizamte ausgearbeitet war, hat bekanntlich der Bundesrat in Beratung genommen. Während das nunmehr bereits einige Jahre in Geltung befindliche Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen, das auch zur Errichtung des Aufsichtsamtes für Privatversicherung geführt hat, die öffentlich rechtliche Seite der Versicherung behandelt, wird in dem jetzt dem Bundesrate vorliegenden Entwurfe das private Versicherungsrecht geregelt. Der Entwurf ist schon in der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts vom Staatssekretär des Reichsjustizamtes als eine Konsequenz des Bürgerlichen Gesetzbuchs angekündigt und soll den Kreis der an das letztere sich anreihenden großen Gesetze abschließen. Da in ihm eine beträchtliche Anzahl von Einzelheiten auf dem Gebiete der verschiedenen Versicherungsarten einer Regelung unterzogen werden soll, so werden die Beratungen in den zuständigen Bundesratsausschüssen immerhin einige Zeit dauern. Schon vor der Entscheidung der Frage, wie der Bereich des Gesetzes begrenzt, ob die Sozietäten einbezogen oder herausgelassen werden sollen, werden ausgedehnte Erwägungen notwendig sein. Trotzdem gibt man sich der Hoffnung hin, daß es gelingen werde, den Entwurf im Bundesrate zeitig fertig zu stellen, daß er noch in dem nächsten Tagungsabschnitte des Reichstages diesem nicht bloß zugestellt, sondern auch von ihm erledigt werden kann. An der Ausgestaltung des Entwurfs sind sowohl die Versicherungsunternehmungen, als auch die weitesten Kreise der Bevölkerung als Versicherungsnehmer interessiert.

* **Buchdruckerorganisationen und Prinzipale.** Der Buchdrucker-Verband hatte seine Gauvorsteher nach Berlin einberufen, um das Verhältnis zu den Prinzipalen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Der Anlaß war ganz eigenartig und in der deutschen Arbeiterwelt wohl kaum dagewesen. Die Leiter des Verbandes waren darüber entrüstet, daß die Berliner Verbändler statt in bestimmten Fällen die Tarifschiedsgerichte anzurufen oder den Ausgang einer erhobenen Klage abzuwarten, vielfach unter Tarifbruch zur Selbsthülfe durch plötzliches Niederlegen der Arbeit gegriffen hätten. Auf der Gaukonferenz gab sich ein allgemeiner Unwille darüber kund, daß man die Tarifgemeinschaft, mit der der Verband ein gutes Stück vorwärts gekommen sei, so gering achte. Man müsse die eingegangenen Verpflichtungen streng innehalten; wären alle Instanzen und friedlichen Mittel erschöpft, so bleibe ja immer noch als ultima ratio der Streik. Mit allen gegen 2 Stimmen (der hannoversche Vertreter Klapproth stimmte dagegen, weil ihm die Resolution zu matt war) gelangte folgender Antrag zur Annahme:

Die Gauvorsteher und Gehilfenvertreter halten in Rücksicht auf die in Berlin geschaffenen Verhältnisse die durch den Verbandsvorstand berufene Konferenz für dringend geboten, um die notwendige Klärung herbeizuführen. Sie erkennen an, daß die Tarifinstitutionen ihre Entscheidungen auf Grund der bestehenden Beschlüsse gefaßt haben und erwarten, daß der Berliner Gauvorstand bei den Mitgliedern des Gaues mit aller Energie dahin wirken wird, daß bei allen Differenzen die gemeinsam beschlossenen Gesetze respektiert werden."

* **1. Deutscher Mittelstandstag.** Die erste Generalversammlung der neugegründeten Deutschen Mittelstandsvereinigung mit dem Sitze in Hannover wurde heute Nachmittag durch eine geschlossene Sitzung der Delegierten eingeleitet. Vom Staatssekretär des Reichsamts des Innern, dem Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe und dem Ministerium des Innern sind Geh. Oberregierungsrat Spielhagen, Geh. Regierungsrat Dr. von Seefeld und mehrere Dezernenten zu den Verhandlungen des Mittelstandskongresses delegiert. Ferner sind die Regierungen mehrerer deutscher Mittelstaaten vertreten. Von bekannteren Persönlichkeiten sind u. a. die Reichstagsabgeordneten Euler-Bentberg, Meyner-Neustadt, Bruhn-Berlin und der frühere Landtagsabgeordnete Müller-Dortmund, sowie der Präsident des Zentral-Ausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, Obermeister Bernard-Berlin zu der Tagung angemeldet. Neben sämtlichen deutschen Handwerker-Innungsverbänden sind u. a. vertreten: die deutschen Haus- und Grundbesitzer-Vereine, die deutschen Gewerbevereine, der Wirtschaftliche Schutzverband, die Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe mit dem Sitze in Leipzig, die verschiedenen deutschen Rabatt-Sparvereine, der Verband der elektrotechnischen Installateure, der Bund deutscher Baugewerksmeister, der deutsche Fleischerverband, die deutschen Gastwirtsinnungen und der Verband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender. Insgesamt sind über 300 Vertreter mittelstandlicher Organisationen zu dem Kongreß erschienen. Im Anschluß an die nichtöffentliche Sitzung fand abends in der „Tonhalle" die Begrüßung der Delegierten statt. Der Versammlung wohnten ca. 500 Vertreter und Gäste aus Hamburg, Leipzig, München, Königsberg, Magdeburg, Frankfurt a. M., Cassel, Dresden, Breslau, Hannover, Chemnitz, Gera, Stettin, Köln, Straßburg, Greifswald, Braunschweig, Essen, Elberfeld, Düsseldorf und Bremen bei.

— Die Kosten der statistischen Erhebungen, durch welche ein zuverlässiges Bild der seitherigen Wirkungen des Handwerkergesetzes gewonnen werden soll, sind auf 165 000 ℳ veranschlagt worden. Hiervon entfallen auf die Bearbeitung der Erhebung 131 800 ℳ, auf Druckkosten 33 200 ℳ. In den nächsten Etat sind als erste Rate 80 000 ℳ eingestellt worden.

— Wegen der Frage des Generalstreiks in der Berliner Metallindustrie kam es am Donnerstag in der Versammlung der ausständigen Metallarbeiter zu stürmischen Auseinandersetzungen. Nach dem Bericht der Streikleitung sind jetzt über 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig. Der Vertreter der lokalen Metallarbeiter-Gewerkschaft verlangte, daß in allen Betrieben, in denen Aussperrungen vorkommen, alle sonst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niederlegen. In weiterer Folge soll in der Berliner Metallindustrie der Generalstreik erklärt werden, dem sich die anderen Berliner Gewerkschaften anschließen hätten. Von den Leitern des Verbandes der Metallarbeiter und von dem Vorsitzenden des Gewerkvereins wurde dagegen in schärfster Weise Einspruch erhoben. Ein etwaiger Generalstreik wurde als phantastisch bezeichnet. Es würde kaum möglich sein, die Berliner Arbeiterschaft dafür zu erwärmen. Man hoffe, auch mit der bisherigen Taktik auszukommen und zu siegen. — Umfangreiche Lieferungen an Kriegsmaterial für Südwestafrika, die an Berliner Metallindustrielle vergeben waren, können von diesen infolge des Gießerstreiks nicht ausgeführt werden. Ihre Erledigung ist daher den Militärwerkstätten in Spandau übertragen worden.

*

* **Köln**, 26. November. Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergänzungswahl der zweiten Abteilung beteiligten sich von 433 Wahlberechtigten 360, also rund 83 Prozent. Es schieden vier liberale Stadtverordnete aus, die zur Wiederwahl standen. Das Zentrum hatte vier Gegenkandidaten aufgestellt, von denen es drei mit kleiner Majorität durchbrachte. Der vierte Kandidat des Zentrums erhielt wie auch der liberale vierte Kandidat 181 Stimmen, so daß zwischen beiden eine Stichwahl stattzufinden hat. Sollten hierbei die Liberalen unterliegen, so zieht zum ersten Male eine Zentrumsmehrheit in das Stadtparlament ein.

* **Stuttgart**, 25. November. Gegenüber der Wiener Meldung verschiedener Blätter, wonach es der ungarischen Regierung gelungen sei, den Nachweis zu erbringen, daß eine Ansteckung von eingeführtem ungarischen Rindvieh mit der Maul- und Klauenseuche in einem Falle im Stuttgarter Schlachthause erfolgt sei, wird das „Südd. Korr.-Bur." von maßgebender Seite zu folgender Mitteilung ermächtigt: Zwei nacheinander erfolgte Sendungen von ungarischem Rindvieh in das Stuttgarter Schlachthaus sind mit allen gesetzlich geforderten und hier üblichen Vorsichtsmaßregeln nach einem besonderen Stalle des Schlachthauses befördert worden. Nach mehrtägigem Aufenthalte in diesem abgesonderten Stalle ist beide Male bei dem ungarischen Rindvieh die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, in den anderen Ställen aber nicht, so daß jeder Zweifel darüber gehoben ist, daß die Ansteckung im Stalle des Schlachthauses nicht erfolgte, sondern das betreffende eingeführte Vieh den Krankheitskeim schon mit hierher brachte. Das angesteckte ungarische Rindvieh ist alsbald geschlachtet und der betreffende Stall desinfiziert worden, so daß am letzten Sonnabend die Sperre aufgehoben wurde.

Flotte.

* **Linienschiff „Elsaß".** Das Reichsmarineamt setzte die Indienststellung des neuen Linienschiffes „Elsaß" auf den 29. November fest. Damit ist der Verband der neugebildeten Schlachtflotte vollzählig. Das Kommando des „Elsaß" übernimmt Kapitän Pohl, der Erstürmer der Takuforts.

* **Die Schulschiffe.** Dem Vernehmen nach wird das zurzeit in den westindischen Gewässern kreuzende Schulschiff „Moltke", das seit dem Frühjahr 1898 in Dienst ist, nach Rückkehr in die Heimat die Flagge streichen, um einer eingehenden Reparatur unterzogen zu werden. Als Ersatzschiff soll die „Charlotte", auf der Prinz Adalbert und der verstorbene Herzog von Mecklenburg ihre erste seemännische Ausbildung erhielten, dienen. „Stosch" und „Stein" bleiben vorläufig in Dienst, da eine früher geplante Heranziehung der alten Kreuzer „Marie" und „Sophie" aus mancherlei Gründen wieder aufgegeben wurde. Dagegen wird die „Mütze" zu gelegener Zeit zur Ausbildung von Seekadetten und Schiffsjungen in Anspruch genommen werden. In absehbarer Zeit wird die Marine übrigens den Neubau von Schulschiffen näher treten müssen, denn auf die Dauer kann sie mit dem gegenwärtig vorhandenen Material nicht auskommen.

* **Schiffsbewegungen.** S. M. S. „Bremen" ist am 24. November in Willemstadt (Curaçao) eingetroffen und geht am 27. November von dort nach San Domingo in See. S. M. S. „Bussard" ist am 22. November in Kilwa Kisiwani und am 24. November in Kilwa Kivindje eingetroffen und geht am 28. November von dort über Mafia und Ruffidji nach Sansibar in See. S. M. Flußkanonenboot „Tsingtau" ist am 24. November in Saiman eingetroffen und an demselben Tage von dort nach Wuchow abgegangen. S. M. S. „Hansa" ist mit dem 2. Admiral des Kreuzergeschwaders am 25. November in Wusung eingetroffen und geht am 29. November von dort nach Tsingtau in See. S. M. S. „Vineta" ist am 24. November von Kiel nach Sonderburg gegangen. Reichspostdampfer „Bayern" mit dem Transport für die Marinefeldbatterie des III. Seebataillons an Bord ist am 24. November in Rotterdam eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise fortgesetzt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Loyalitätsmache der Ludwigstorff und Palffy.** Die „Politik" meldet, daß es wegen der blamablen Szenen zu einer Präsidentschaftskrise gekommen sei. Nach ihrer Darstellung lehnte, als Palffy vor der Eröffnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses im Präsidialbureau seine Anfrage zur Anmeldung gebracht hatte, Graf Better entschiedenst ab, dem Interpellanten zu Beginn der Sitzung das Wort zu erteilen, sowie er sich überhaupt mit aller Energie dagegen aussprach, daß diese Kundgebung in offener Sitzung erfolge, da der Zweck derselben durch turbulente Gegenkundgebungen illusorisch gemacht werden dürfte. Der konservative Großgrundbesitz, der Polenklub, das Zentrum und die Südslaven beharrten jedoch ebenso entschieden auf ihrem Vorhaben, und zwar auch dann, als Prinz Liechtenstein davon abriet. Da das Bemühen des Grafen Better, den konservativen Großgrundbesitz von seinen Absichten abzubringen, erfolglos geblieben war, erklärte er nach recht lebhaften Auseinandersetzungen, er werde daraus die Konsequenzen ziehen. Wie die „N. Fr. Pr." sagt, ist, wenn es auch nicht zu einer neuerlichen Aussprache des Sieverausschusses mit dem Ministerpräsidenten gekommen ist, doch die Schroffheit in den beiderseitigen Beziehungen gemildert und die Möglichkeit weiterer Verhandlungen, insbesondere über den Arbeitsplan, wieder gegeben.

* **Boykottmaßregeln gegen die italienischen Studenten.** Der Wiener Hochschulausschuß veröffentlicht, wie ein Telegramm meldet, die Namen der von Wien nach Innsbruck gereisten und dort wegen Teilnahme an den Exzessen verhafteten italienischen Studenten und empfiehlt der Wiener Bevölkerung, ihnen die Wohnungen zu kündigen und die Lieferung von Lebensmitteln zu verweigern. Der Hochschulausschuß legt wegen der jüngsten Vorgänge sein Mandat nieder.

Frankreich.

* **Das Drama von Ciuses.** In einem Teil der Morgenausgabe haben wir das Resultat des Streik- und Mord-Prozesses vor dem Schwurgericht Annecy gemeldet; es lautet gegen drei Söhne Crettiez auf ein Jahr, gegen den vierten auf acht Monate Gefängnis; außerdem sind 12 000 Francs Buße zu zahlen. Unser Pariser-e-Korrespondent berichtet uns unter dem 25. November:

Zwei Plaidoyers fehlen noch; heute nachmittag wird das Verdikt gefällt werden. Der Generalstaatsanwalt Gensoul hatte seine Rede an die Geschworenen geschlossen: „Vielleicht wird man Ihnen sagen, ein Freispruch sei ein Spruch der Beruhigung. Ich glaube nicht. Die öffentliche Meinung, nicht blos in Clusés, sondern im ganzen Frankreich, wird nur befriedigt werden, wenn Sie den Söhnen Crettiez sagen: „Ihr hattet nicht das Recht zu schießen; euer Leben war nicht bedroht", und wenn Sie den Arbeitern sagen: „Um eure Vergeltung triumphieren zu lassen, hattet Ihr nicht das Recht, zu zerstören." Trotzdem hatte der Generalstaatsanwalt, dessen Rede großen Eindruck machte, mit der Zulassung mildernder Umstände für beide Teile geschlossen. Gestern hatte der sozialistische Deputierte und Advokat Mr. Aristide Briand seinen großen Tag; er sprach für die Arbeiter und forderte, nach pathetischen Erzählungen, wie der blutige Zusammenstoß herbeigeführt worden sei, damit zugleich die Bestrafung der Crettiez. „In Frankreich", insinuierte er, „harrt man auf Ihr Verdikt als auf ein Verdikt der Vernunft. Arbeitgeber wie der Vater Crettiez, Arbeitgeber voller Irrtum und Verbohrtheit, die im Egoismus der Vergangenheit versunken sind, bewirken die Revolutionen. Wenn Sie großmütig und schwach gegen die Söhne sind, dann fällen Sie ein Bluturteil. Ein Gerechtigkeitsurteil, welches das Gewissen dieses Landes wieder zu sichern fähig ist, erwarten wir von euch". So wird das Tribunal zur Tribüne.

* **1920 als Jahr der nächsten Ausstellung.** Wie aus Paris telegraphiert wird, wurde der Handelsminister gestern im Parlamentsausschuß für Handel und Industrie über die Frage einer neuen internationalen Ausstellung in Paris interpelliert. Er erklärte, die Vorarbeiten für eine solche Ausstellung seien enorm und könnten nicht so schnell erledigt werden. Es sei daher nötig, die Zwischenräume zwischen den einzelnen Ausstellungen zu verlängern und erst im Jahre 1920 die nächste zu veranstalten, die dann mit dem 50jährigen Jubiläum der Republik zusammenfallen werde. Nicht einmal das solide französische Gewerbe wird wegen der Tatsache, daß eine Wiederholung des internationalen Pariser Jahrmarktes so bald nicht in Aussicht steht, ernsthaft trauern.

Südafrika.

* **Die Leiche Paul Krügers.** Die „Daily Mail" erfährt aus Amsterdam, daß das Schiff Batavier VI, das die Leiche Krügers nach Kapstadt bringt, sie dort acht Tage lang auf dem Paradebett liegen läßt, ehe sie mit Sonderzug nach Pretoria weiterbefördert wird. An der Grenze Transvaals wird Louis Botha die Leiche entgegennehmen und nach der Hauptstadt geleiten. Dort wird sie nach der „Köln. Ztg." wieder einige Tage in der früheren unierten Kirche, die heute ein Regierungsgebäude ist, aufgebahrt. Die Beerdigung findet am 16. Dezember, am Dingaantage, statt. Krüger hat ein Vermögen von 750 000 Pfd. St. hinterlassen. Hiervon vermachte er 25 000 Pfd. St. an verschiedene Vereine in Holland, und außerdem erben sämtliche Anstalten, die nach dem südafrikanischen Kriege zur Unterstützung der Witwen und Waisen der gefallenen Buren eröffnet wurden. Krüger vermachte auch einen Betrag zur Erhaltung der holländischen Sprache. Nach der „D. T." werden an jedem Bahnhof auf der Fahrt nach Pretoria Buren den Totenzug mit den Klängen eines Psalms begrüßen. In Pretoria selbst werden gegen 15 000 Menschen erwartet. Außerhalb der Stadt werden Zelte aufgeschlagen, um die Menge zu beherbergen. Allem Anscheine nach wird dies Begräbnis ein denkwürdiges Ereignis werden.

* **Rassenprügeleien um die Minenarbeit.** Wie mehrere Londoner Blätter melden, fand am Rand in der Grube New-Kleinfontein ein Kampf zwischen Chinesen und Eingeborenen statt, bei welchem 8 Chinesen schwer und viele leicht verwundet wurden. Der Angriff soll von den Chinesen ausgegangen sein. Die Londoner Aktionäre werden sich durch diese erste Folge der miserablen Kulipolitik nicht stören lassen.

Südamerika.

* **Ein argentinisch-paraguayischer Zwischenfall.** Nach einer Havasdepesche aus Buenos Aires wurde auf ein argentinisches Torpedoboot, das vor Asuncion vor Anker lag, vom Fort San Antonio ohne Grund vier Kanonenschüsse abgegeben. Das Torpedoboot, das die argentinische Flagge zeigte, fuhr, ohne das Feuer zu erwidern, davon. Sobald der Präsident der Republik Paraguay von dem Vorfall erfuhr, sprach er dem argentinischen Gesandten sein Bedauern aus. In offiziellen argentinischen Kreisen glaubt man, wie versichert wird, daß der Zwischenfall damit beigelegt ist.

Briefkasten der Redaktion.

P. B., Tellerhausen. Wir raten Ihnen, sich mit Ihrer Anfrage an die Direktion des Städtischen Museums zu wenden.

G. Z., hier. Ihre Anfrage ist ohne Angabe des Kapitäns oder der Rhederei nicht zu beantworten. Der Norddeutsche Lloyddampfer „Bremen" ist heute in Bremerhaven fällig.

P. M., München. Die Bark „Willy Rickmers" ist am 7. d. M. von Nagasaki nach Rangoon abgegangen und hat am 24. d. M. Singapore passiert.

Letzte Depeschen und Fernsprechmeldungen.

Zum Geburtstag des Großherzogs von Hessen.

* **Darmstadt**, 26. November. Der „Darmstädter Zeitung" zufolge sandte der Kaiser gestern aus Anlaß des Geburtstages des Großherzogs nachstehendes Telegramm an diesen: „Deines heutigen Geburtstages gedenke Ich mit besten Wünschen für Dich und Deine Braut. Möge sich das kommende Jahr zu einem reichgesegneten für Dein ganzes Leben gestalten! Wilhelm."

Der Aufstand in Südwestafrika.

* **Berlin**, 26. November. Ein Telegramm aus Windhuk besagt: Unteroffizier Ernst Dammkoehler, von dem am 26. Oktober gemeldet wurde, er sei am 4. Oktober in Falkenhorst gefallen, befindet sich nach einer heute eingegangenen telegraphischen Meldung gesund in Gibeon.

Roosevelts Reise nach St. Louis.

* **New York**, 25. November. Für Roosevelts Reise nach St. Louis sind ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen. Zwölf Geheimpolizisten durchsuchten den Zug des Präsidenten und begleiten ihn. Eine besondere Lokomotive fährt dem Präsidentenzug voraus. Die Schienen werden streng bewacht. Insgesamt sorgen 2000 Mann für die Sicherheit des Präsidenten.

* **Potsdam**, 26. November. Der Kronprinz ist heute früh gegen 7 Uhr hier eingetroffen.

* **Marokko**, 25. November. (Reuter.) Angehörige der aufrührerischen Stämme in der Nähe von Mazagon schossen auf zwei spanische Priester, diese vermochten jedoch unverletzt zu entkommen.

* **Shanghai**, 25. November. (Reuter.) Der zwischen Tsinganfu und Jangthiakou eingerichtete Dampferverkehr ist heute unter Teilnahme chinesischer Beamten eröffnet worden. Zwischen Jangthiakou und Tschifu wird ein wöchentlicher, zwischen Jangthiakou und Tientsin ein vierzehntägiger Verkehr eingerichtet.

Herrn!
Lahr's Santalol
0.75, Rückpfg. 0.5 jede Kapsel.
Echt nur in Zeckigen Packeten.
Preis 3 Mk.
Wirkt vorzügl. in Schleimproblemen d. Blasen u. Nierenleiden (Ausfluß). Keine Magenbeschwerden od. Hautentzündung, wie b. Santal u. Sandelöl oft beobachtet wird.
Allein ger Fabrikant: E. LAHR Hannover.
In Leipzig: Börsen-Apoth., Einhorn-Apotheke, Engel-Apotheke, Germania-Apoth., Hofapoth. z. weissen Adler, Johannisapoth., Dresdn. Str., Kurprinz-Apoth., Marien-Apotheke, Ecke Georgen- und Schützenstr., Mohren-Apoth., Salomonis-Apotheke, Grimm. Strasse 17, Neudalitz: Fürst Bismarck-Apoth., Plagwitz: Sophien-Apoth., Schleussig: Rosen-Apotheke, Eutritzsch: Auten-Apotheke.

Korpulenz Fettleibigkeit
verschwindet bald bei Gebrauch der
Marienbader Entfettungstabletten
à Sch. 2.50. Nur Salomonis-Apotheke,
Leipzig, Grimmaische Straße 17.

Leitung: Adolf Schiedt.
Verantwortliche Redakteure: Für deutsche Politik Dr. Friedrich Purlitz, für auswärtige Politik Paul Wiegler, für sächsische Angelegenheiten Rudolf Spellerberg, für Feuilleton Paul Schlenther, für Musik Heinrich Zoellner, für Sport Julius Hanefeld. Sämmtlich in Leipzig. — Für den Inseratenteil verantwortlich Emil Abigt, Gautzsch-Leipzig.

Die vorliegende Nummer umfaßt 8 Seiten.

Atelier Tiedemann Inhaber: F. Bartung Markt 13, neben dem Bismarckhaus
fertigt vorzügliche Photographien in jeder Preislage an, auf Wunsch
1 Dutzend Visit-Bilder zu Mk. 1.90, 1 Dutzend Cabinet-Bilder zu Mk. 4.90.
An den 4 Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste ist mein Atelier von 9 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends geöffnet.